

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsförderung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Einzelheft 10 Pfennig, 10 Hefen 1 Mark. - Abnehmer nehmen nach dem Betrag des „Politischen Wegweiser“, Gr. Brauhausstraße 30, Halle a. S.

Nummer 12

Halle, 23. März 1929

5. Jahrgang

Zahlspielereien

Die Geduld der Öffentlichkeit wird auf eine starke Probe gestellt. Wenn nicht alles täuscht, haben wir in diesen Tagen vor uns keine Ereignisse weittragender Art mehr zu erwarten, obwohl alle Probleme auf eine Lösung drängen, und ihre Verfestigung, sowohl vom deutschen wie vom internationalen Standpunkt aus gesehen, nicht unbedenklich ist. Aber Erörterungen großer Fragen nehmen immer erheblichen Zeitaufwand in Anspruch. Das ist zu allen Zeiten so gewesen. Wir haben früher die Köpfe geschüttelt, wenn wir lasen, daß Entscheidungen Monate und Jahre auf sich warten ließen und haben nun doch selbst erfahren, daß die Geschäfte kein Eiletempo anstößt. Nichts überhafter sich. Man kann sogar sagen, nichts vollzieht sich in gerader Linie, sondern immer wieder stoßen wir auf spiralförmige Entwidlungen, auf Nebungen und Sentenzen, Stillstände und Rückschläge. Gerade jetzt wird das besonders offenbar. Als die innere Krise vor Monaten ausbrach, mußte man annehmen, daß sie irgendwie eine Lösung finden würde, eine parlamentarische oder eine gewalttätige. Gesprochen ist genug davon worden. Die Absichten zu beiden Seiten sind, was heute schon von allen Seiten ausgeht, nicht mehr so verschieden, daß das eigentliche Wesen des politischen Handelns das Beharrungsvermögen ist, das Trägheitsgesetz. Wir sind nicht einen Schritt weiter gekommen und sehen auch den heute noch schwebenden Verhandlungen, die wieder einmal eine andere Richtung eingeschlagen haben, mit harter Strenge entgegen. Genau so steht es in Paris. Dort freilich waren wir auf die Zauderaktive von vornherein eingestellt und haben so keine Erwartungen, wie sie Marzani ausbrach, daß man nach einem Vierjahres- oder Reparationsfragen zu einem glücklichen Ende geführt haben würde, abgelehnt. In der Tat macht es nicht den Eindruck, als ob auch nur das Gutes der Sachverständigen vor dem Vorkommern fertig sein wird. Und selbst das bedeutet im Grunde noch gar nichts, denn die Regierungen sind an diese Verhandlungsbahn nicht gebunden und werden dann erst selbst Stellung nehmen. Neue, langwierige diplomatische Vorgehensweisen legen ein, und niemand kann mit Sicherheit voraussagen, ob ihr einziges Ergebnis nicht die Umkehrung des Gutes sein wird. Das schließt eben die große Möglichkeit, die für diese Zeit so kennzeichnend ist.

Neue Forderungen

Vorläufig ist man in Paris noch gar nicht an den Kernpunkt des Problems herangelangt. Alles bisher war Vorbereitung. Auch der Plan der Reparationsbank, die sowohl die deutschen Zahlungen wie die Sachleistungen verwalten soll. Es ist nur ein Rahmen ohne Inhalt. So lange die Stimmen fehlen, hat es keine Bedeutung. In der Frage der Summe aber redet man sich offensichtlich häufiger weiter auseinander. Der Grundhinter liegt darin, daß man nicht von der Leistungsfähigkeit Deutschlands ausgeht, die einzig und allein Grundlage der Ermittlungen sein kann, sondern von der Würdigung der Fähigkeiten. Wir haben schon kürzlich auf Angaben hingewiesen, die geradezu phantastisch anmuten. England schlug 48, Frankreich sogar 72 Milliarden vor. Darüber sich zu unterhalten, ist zwecklos. Zeit werden nähere Einzelheiten bekannt, und wir sehen wenigstens, wie diese astronomischen Zahlen aufkamen. In London fordert man nicht weniger als 3,8 Milliarden allein für die Dominion und als Entschädigung der angeblich durch Deutschland nicht gedachten Katen in Amerika. Daß diese ganze Forderung im Friedensvertrag überhaupt keine Stelle findet, steht an der Themis keine Rolle zu spielen. Wir sind nur für Schäden haftbar, nicht aber für die Kriegskosten. Frankreich hat zwar wiederholt betont, daß es nicht die gesamten Wiederaufbaukosten zurückzufordern will, hat aber tatsächlich beabsichtigt, die gesamten Wiederaufbaukosten während des Krieges von Deutschland ausgehen lassen zu lassen, obwohl das durch den Vorgesetzten angedeutet war. Italien möchte Deutschland auch im Falle einer Zahlungsunfähigkeit Österreichs und Ungarns haftbar machen. Selbst Japan, Rumänien und Jugoslawien haben ihre Forderungen herausgeschraubt. Vorläufig stehen wir diesem Treiben gegenüber. Es ist gar nicht unsere Sache, dagegen Einspruch zu erheben. Diese Aufgabe fällt vielmehr den Amerikanern zu, die sich in der Tat auch recht bemühen, den mitgeordneten Gläubigern gütlich zu sprechen. Ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten.

Die deutsche Finanzkrise

Die Ausgabe über den Nachtragset für 1928 ist nicht ganz uninteressant gewesen. Weniger wegen der Form, die von völkertreuer und deutschnationaler

Seite geleistete wurde, als wegen der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Erting. Vier wurde klipp und klar gesagt, daß man keine Neigung verpüre, der Regierung wieder in das Kabinett verantwortlich eintreten wollte, oder Debatte betreiben würde. Auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen, hat keinen Sinn, denn wir glauben, daß man über alle Vorschläge doch hinweggehen wird. Schon jetzt zeigt sich, daß man nach anderen Auswegen sucht. Der Vorschlag, daß eine längere Besprechung mit den Führern und Finanzabgeordneten der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die ziemlich ergebnislos geblieben ist. Auch eine zweite Unterhaltung scheint in der gleichen Richtung verlaufen zu sein. Wesentlich glücklicher aber war man in einer Besprechung zwischen Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten. Alle Liebe ruht nicht. Hinzu kommt die gemeinsame Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei, deren ganzes Verhalten ja auch wirklich keine Veranlassung zu besonderen Rühmen gibt. Wir wissen noch nicht genau, wohin man schließlich gelangen wird, doch hat man in parlamentarischen Kreisen bisher wenigstens den Eindruck gehabt, daß die Bierkeller fallen lassen möchte, um die Bayern bei guter Laune zu erhalten und daß man ferner in der Frage der Beförderung der Vänderteile Zugeständnisse zu machen beabsichtigt. Aus den gleichen Erwägungen. Ob das reicht, um das Deizit zu decken, ist zweifelhaft. Man denkt ja auch an andere Maßnahmen. So an die Verteilung der den Sozialisten zugesicherten Beträge auf längere Fristen. Damit wird natürlich das Deizit nicht beseitigt, sondern nur verdrängt. Nur macht es nach außen hin einen guten Eindruck, für alle, die sich in Gutsfragen nicht zurechtfinden. Da man aber den Notetat verabschieden wird, gewinnt man Zeit, um sich mit diesen Angelegenheiten näher zu befassen.

Weimarer Koalition?

Es ist kein Geheimnis, daß die Sozialdemokratie auf die Weimarer Koalition mit allem Ernst hinfiebert und daß das Zentrum nicht unbedingt Nein sagen würde. Wenn man die Bayerische Volkspartei für die oberwähnten Zugeständnisse köbert, hätte man tatsächlich die Weimarer Koalition geschaffen. Aber diese Rechnung weist starke Lücken auf. Zunächst fehlt die Mehrheit. Es wird tödend gelacht, daß man ja auf den Wauerbund und die Führung des Zentrums rechnen könne. Gelegentlich mag das stimmen. Er sieht ziemlich weit links, ob er aber alles mitmacht, was die Weimarer Koalition sonst tut, erachtet uns nicht unbedingt sicher. Aber selbst diesen Fall vorausgesetzt, kann keine Regierung mit fünf Stimmen Mehrheit arbeiten. Es ist geradezu ein Kinderpiel, durch geschickte Beträge Abwehrmaßnahmen herbeizuführen, die die Mehrheit in eine Minderheit verwandeln. Vor allem aber kann man sich über ein klar sein, diese Scheinmehrheit eines Tages gestürzt werden, zu dem Pariser Gutachten Stellung zu nehmen, nämlich dann, wenn vorzeitig die Verhandlungen abgebrochen werden müssen. Glaube man wirklich, daß man das mit fünf Stimmen Mehrheit machen kann? Sonst ist zu einem Ja wie zu einem Nein gehört eine gewisse Mehrheit, die bei uns fehlt. Es ist auch davon die Rede, daß man Stresemann und Curtius als Fachminister befragen will. Die Deutsche Volkspartei kann unmöglich dazu die Zustimmung geben. Es würde also darauf hinauslaufen, daß man nur zwei Männer gewinnt und gleichzeitig die Deutsche Volkspartei sprenzt, was übrigens wirklich kein Kinderspiel wäre. Nur glauben wir nicht recht, daß gerade das in der Absicht des Zentrums liegen sollte, dessen ganze Energie sich ja gerade auf die Beilegung des Reichsaufwärtens bis her gerichtet hat. Auch ist es eine starke Annahme an die Demokraten, in die Verbindung einzutreten, in der sie beinahe gar nichts zu vermeiden haben. Sie würden eine Verantwortung übernehmen, die sich schwer tragen ließe, zumal sie ja mit der Deutschen Volkspartei in finanziellen Fragen vielfach durcheinander übereinstimmen.

Der Stahlhelm

In Stuttgart hat Selbe eine Rede gehalten, deren Ton sich von frühem ein wenig unterscheidet. Bemerkenswert immerhin, daß er bestritt, die Wiedererrichtung der Monarchie unter allen Umständen zu erstreben. Eben so wenig wolle er die Beilegung der Republik auf jeden Fall. Er sprach sogar davon, daß man bereit sein müsse, die jetzt bestehende Regierung zu erziehen. Vielmehr haben sich hier mit Folgen der von Sindenburg verurteilten Abstimmung zu tun. Wenn er dann aber in selben Atemzuge die Republik einen Zauberball nannte, so war das ein Rückfall in alte, alte Verlogenheit. Auch das Fehlen dieser Kraftäußerung würde uns nicht täuschen.

Der Stahlhelm sieht eben die Zeit noch nicht für gekommen an, weil der eigentliche Keimer das Signal dazu noch nicht gegeben hat. Im Gegenteil. Eugenbergs Rechnung heute offensichtlich mit anderen Möglichkeiten. Es wird ja jetzt auch in der Presse davon gesprochen, was wir vor einigen Wochen angedeutet haben, daß Eugenbergs dem Reichspräsidenten vorgelegt hat, um zum Kaiser zu ernennen. Da er zweifellos ein Auftragsmännchen bekäme, sollte dann der Reichstag aufgeführt und inswischen mit dem Artikel 48 regiert werden. Die Gefahr ist jedenfalls nicht beseitigt, darüber hat man sich auch nicht einen Augenblick täuschen, und sie hat den Vorteil, daß sie scheinbar verfassungsmäßig ist. Wenn sie noch nicht aufgegeben ist, so liegt das offenbar an den Verhandlungen des Reichspräsidenten, der die Hoffnungen auf die Große Koalition bisher nicht aufgegeben hat.

Die Franzosen am Rhein

Die große Aussprache über die ungeschicklichen Verhältnisse in den französischen Garnisonen des besetzten Gebietes haben mit einem Vertrauensvotum für Poincaré geendet. Ein kommandierender General erhält einen Adel, ein Divisionskommandeur und ein Oberst werden zur Disposition gestellt. Ein etwas dürftiges Ergebnis. Angesichts der Zahl von mehr als 250 Toten, die der Wirtschaft zum Opfer gefallen sind, der Kriegsmilitärminister Poincaré sprach von dem schlechten Klima am Rhein, das die jungen Rekruten aus dem Süden Frankreichs nicht ertragen können. Im allgemeinen sind die Gesundheitsverhältnisse im deutschen Westen ausgezeichnet und die Mäkte von 25 Grad war auch für Deutschland ungewöhnlich. Doch darauf kommt es nicht an. Wir wollen ja gar nicht den Verhältnissen gut werden, sondern sind nur der unumgänglichen Ansicht, daß die Franzosen den Militärdienst auf die Erde treiben. Engländer und Franzosen haben jedenfalls nicht Angst und keine Tote gehabt. Es liegt obendrein kein Grund vor, weshalb man unsere Gastfreundschaft solange in Anspruch nimmt. Herr Poincaré soll seine Rekruten in einem besseren Klima ausbilden lassen.

Die Geschäftsordnung des Reichstages

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, über die man demnächst weiter reden wird. Auch Selbstverständlichkeiten erfordern viel Zeit, mehr jedenfalls, als unbedingt notwendig ist. Zunächst ist der Präsident beauftragt worden, die Regel etwas strenger zu nehmen und härtere Strafen zu verhängen. Dazu bedurfte es übrigens keiner Geschäftsordnungskommission. Das fünfte Herr Loebel schon von sich aus. Nur liegt dem sein Ausgesprochenheit im Wege. Er ist kein Freund von scharfen Zwaden und sucht die Dinge mit Humor zu glätten, was in einem anfänglichen Parlament sicher ein Vorteil ist, aber Nationalsozialisten und Kommunisten gegenüber völlig verfehlt. In Zukunft sollen dritte Lesungen vorgenommen werden, wenn nicht mehr als dreißig Abgeordnete widersprechen. Bisher konnte ein Einziger Sabotage üben. Das ist immerhin gut, reicht aber nicht aus. Allen Störungsversuchen auch auf geschäftsordnungsmäßiger Grundlage muß ganz anders Halt geboten werden. Dazu darüber später. Das Wichtigste ist die Wiedererrichtung der Weimarer Koalition auf dem Reichstag. Das ist aber die Voraussetzung, wenn wir nicht in kurzen, wieder zu denselben alten Erreichungen kommen wollen, daß alles Mögliche und Unmögliche in Form der neuen Anfragen vorgebracht wird. Für uns ist das Kernproblem, daß man die Arbeiten der Kommission nicht im Plenum wiederholt, sondern zum mindesten die zweite Lesung bei bedeutungsvolleren Vorlagen ausfallen läßt.

R. K. a. d. W. a. p.

Es dümmert

Der Landesverband Braunschweig der Deutschen Nationalen Volkspartei hielt in Braunschweig eine ausstehende des Harbels, Gewerbes und der Landwirtschaft statt besuchte Tagung ab, auf der nach langer und eingehender Aussprache der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, die Landtagsfraktion zu beauftragen, unverzüglich im Landtag den Antrag einzubringen, wonach die Regierung ersucht würde, sofort mit Braunschweig in Verhandlungen einzutreten wegen des Antriebs des Braunschweiger Reiches. Die Gegenrichtung gegen die sozialistische Regierung Braunschweigs spielt dabei wohl die Hauptrolle.

Mauzernti auf Gegenseitigkeit

Oppositionskurs der Deutschen Volkspartei.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Die Deutsche Volkspartei hat den Abschied der Koalitionsverhandlungen in Preußen durch festhalten des Mandats vertrieben, daß sie unter der Führung des Abgeordneten Stenkel im Reichstages Landtag die Erlösung abgab, aus grundsätzlichen Misstrauenstimmen für das von den Deutschnationalen eingebrachte Misstrauensvotum stimmen zu wollen. Sie hat ihre Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, den Christlichen Bauern und der Wirtschaftspartei zusammen für das Misstrauensvotum gegen den preußischen Innenminister getrimmt. Das war nun wirklich die falsche Gelegenheit. Denn die Deutschnationalen hatten ihr Misstrauensvotum mit dem Leberfall auf einen Stahlschmelzwerk motiviert. Der preussische Innenminister ist aber wirklich nicht in der Lage, für jeden Stahlschmelzwerk über Stahlofenanlagen zur Verfügung zu stellen, und so belagerten wertvolle Leberfälle sind, so ist das doch kein Grund, um sich an einem Misstrauensvotum zu beteiligen. Die Gelegenheit war aber auch deshalb falsch, weil die Deutsche Volkspartei mit ihrer Ablehnung der Opposition nur zu einer neuen Freierlage verhelfen hat, denn den 211 Stimmen der Regierungsparteien standen nur 140 Oppositionsstimmen gegenüber, die die Kommunisten auf eine Stimmgabe versichert hatten. Im übrigen hätten selbst mit den 56 kommunistischen Stimmen die Oppositionsparteien die Regierung nicht zum Mitterritt zwingen können.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hat immer wieder erklärt, daß er seine Politik in Preußen nach den Richtlinien führe, die in der großen Koalition maßgebend gewesen sind. Ein innerer oder äußerer Grund für die Beteiligung der Volkspartei an dem Misstrauensvotum war für diese nicht gegeben — wenn sie nicht die Gelegenheit benutzen wollte, mit einem hörbaren Ruck die Tür zur preussischen Regierung aufzuschlagen. Die Volkspartei hat ihr Misstrauen gegen die jetzige Regierung begründet: Man kann es den Koalitionsparteien nicht abnehmen, wenn bei ihnen jetzt ein begründetes Misstrauen gegen diesen Verhandlungspartner besteht. Die jetzige Politik der Deutschen Volkspartei gehört auch zu den Methoden, die längst veraltet sind. In den Monaten, die die Koalitionsverhandlungen voranzugingen, hat sich die Deutsche Volkspartei mit Recht einer neutralen Haltung befleißigt. Was jetzt geschaffen worden ist, das ist ein Misstrauen auf Gegenseitigkeit, das niemandem nützt und das, im Lichte der Staatspolitik gesehen, hätte vermieden werden sollen.

Die gelegentlichen Zulagen des Reichs werden sich in der nächsten Zeit mit einer Reihe von Gegenmaßnahmen zu beschaffen haben, die nicht ohne Bedeutung für die Rechtsstellung der Jugendlichen in ihrem öffentlichen und privaten Dasein sind. Es sind das vor allem die geplante Neuauflösung des Reichsurlaubgesetzes, der Entwurf eines Strafrechtsbuches und der Entwurf über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder.

Es ist seit einer Reihe von Jahren die Absicht maßgebender Kreise des Reichstages, gleichzeitig mit einer Änderung des formellen Wahlrechts die Sinesaufhebung der unteren Grenze der Wahlberechtigung auf das vollendete einundzwanzigste Lebensjahr durchzuführen. Mit Ausnahme der radikalen Flügelgruppen, die vornehmlich auf die Stimmen der jüngsten Wähler spezialisiert, hat dieses Projekt in allen Parteien Anhänger gefunden. Demgegenüber haben die großen Jugendorganisationen aller Richtungen die Forderung nach der Beibehaltung des bisherigen Wahlalters nachdrücklich zum Ausdruck gebracht; gegenüber dem Bestreben, sie um ihre verfassungsmäßig verbürgten Rechte zu bringen, haben sich die Jugendverbände unter Leberbrückung aller politischen Grenzen zu einer Einheitsfront zusammenschließen, die von keiner Parlamentsmehrheit überleben werden kann.

Die Forderung nach Sinesaufhebung des Wahlalters wird gemeinsam mit dem Hinweis auf den Interspekt zwischen dem Beginn der öffentlich-rechtlichen und der zivilrechtlichen Geschäftsfähigkeit begründet; man wird zumwenden suchen müssen, daß dieser Hinweis zu Recht besteht und die Bedeutung des hier bestehenden Mißverhältnisses anzuerkennen ist. Das darf jedoch nicht auf dem Wege einer Änderung der Verfassung geschehen, sondern durch eine Revision der einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Mit anderen Worten: wir befechtigen die Verabreichung des Eintritts der privatrechtlichen Geschäftsfähigkeit auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr. Es gibt triftige Gründe, die für diesen Vorschlag sprechen. Die ganze Generation und Lebensverhältnisse, als das zur Zeit der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches der Fall war. Heute ist der ganze Mensch schon sehr früh geistig, sich in den Lebenskampf hineinzustellen und um seine materielle Existenz zu ringen. Sein Blick für die Realitäten des Lebens ist geschärft und sein Wille, ihrer Herr zu werden, frühzeitig nach. Unter diesen Umständen erscheint es nicht als leistungsfähig, die Forderung nach Herabsetzung der Minderjährigkeitsgrenze zu erheben.

Daneben verdienen die bei den Ausschussberatungen des Strafrechtskomitees aufgeworfenen Fragen des Jugendrechts besondere Beachtung. Es geht hier vor allem um die Festlegung des Zeitraumes der relativen, d. h. von der zeitlichen und zeitlichen Reife abhängigen gemachten Strafminderbarkeit des Jugendlichen. Das Jugendstrafgesetzbuch von 1923 billigt das Vorrecht der relativen Strafminderbarkeit den Jugendlichen von vollendeten 14. bis 18. Lebensjahr zu. Es sind nun im Strafrechtsausschuß des Reichstages Vorschläge im Gange, die obere Grenze auf das vollendete 20. Lebensjahr zu erhöhen. Damit wäre eine einseitige Zeitgrenze geschaffen, von der ab der Jugendliche öffentlich-rechtlich, strafrechtlich und bei Durchführung des oben dargelegten Vorschlags zivilrechtlich voll und uneingeschränkt verantwortlich wäre. Der gegenwärtige Rechtszustand mit seiner Fülle von Ueberdehnungen von relativer und absoluter Minderjährigkeit wird weder der

Forderung nach Klarheit und Ueberblicklichkeit der Rechtsverhältnisse gerecht, noch sieht er den Menschen als einheitliches, in sich abgeschlossenes Ganzes. Je nach der laienhaften Fügung des Gesetzes ist der Zwanzigjährige vollberechtigter Staatsbürger, ist aber unjährig zum Abschluß eines Dienstvertrages und der Letztgebährige ist wiederum für seine Porzellan-Unterlagen dem Strafrichter voll verantwortlich. Das ist ein Widerspruch von Verantwortlichkeiten, dessen Beseitigung vom Gesetzgeber gefordert werden muß.

Zum dritten muß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Entwurf über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder gelenkt werden. Dieser Entwurf liegt bereits seit 1925 in den Reichstagsausschüssen und soll nun einer fürzlich erfolgten Mitteilung des Reichsministers der Justiz zufolge in allerhöchster Zeit dem Reichstag angeleitet werden. Der Entwurf ist betrüblich, die rechtliche und materielle Lage der Unehelichen nach Kräften zu heben und ihnen nach der zwingenden Vorschrift des Art. 121 der Reichsverfassung die gleichen Bedingungen für ihre Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern. Dem einzelnen will er dieses Ziel durch eine gerechte Regelung der Unterhaltspflicht durch die Einführung der elterlichen Gewalt der unehelichen Mutter und durch die Schaffung eines Pflegschaftsvertrages erreichen. Auch sind Erleichterungen der Adoption vorgesehen.

Es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag diesen Gelegenheitsfall schnellstens zur Annahme bringt und dadurch den Unehelichen, die heute einen betrüblichen Rechtsschutz anderer Nachwuchses ausmachen, zu ihrem Recht verhelfe.

Die preussische Justiz

Die Ortsgruppe Magdeburg der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßte am letzten Sonntag wiederum eine sehr gut besuchte politische Versammlung. Die Vorliegende Denning beglückwünschte die Gründung der Versammlung der Abgeordneten Dr. Bohner zu seiner Berufung als Oberstaatsanwalt in das Provinzial-Obertribunal Berlin-Charlottenburg. Dr. Bohner dankte für die zahlreichen Glückwünsche, die ihm

in diesen Tagen zugegangen sind, und bemerkte, daß es sich nach wie vor mit seinem Wahlkreis verbunden fühle. Wenn er die Berufung nach Berlin angenommen habe, so aus dem Grunde, weil er mehr für seinen Wahlkreis zu arbeiten gelte. Die Wahlführer von Berlin nach Magdeburg und umgekehrt sind zeltend, es könne dafür Produktives leisten. Er werde nicht vergessen, was er der Stadt Magdeburg verdanke. Hier sei er in die Politik hineingegangen und die Partei habe ihm das höchste Ehrenamt, das sie zu vergeben habe, anvertraut. Seinen Wunsch, daß sie nach wie vor zur Verfügung und er hoffe auch, daß er sich für den eigenen Wahlkreis nach wie vor freimachen kann, als es bisher der Fall gewesen ist. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Abgeordneter Dr. Ziemer sprach in seinem Vortrag das Gebot der Justizvollziehung an. Seine Ausführungen waren hochinteressant und haben sehr viel Neues. In breiten Zahlen habe die Justiz dem Staat sehr viele Kosten verursacht und habe die Demokraten sehr stark kritisiert gegenüber der Justiz, während die Rechte stets Vorteile der Anerkennung gefunden habe. Heute sei das Umgekehrte der Fall. Die Rechte sei im großen Ganzen mit der Justiz verträglich geworden, obwohl es noch sehr viel zu bestreuen und zu reformieren gibt. Die Rechte sei laufend an den Justiz kritisch. Das Bekleidende ist daran, daß sie die Angriffe verhältnismäßig ruhig. In der Hand von Berufungsausschüssen wies Abgeordneter Grunzel nach, in welcher Hinsicht die Justiz die Rechte kritisch ist. Die Rechte hätte alle Ursache, sich auch heute noch mit aller Schärfe gegen Rechte und deren Begründung zu wehren, weil sie in seiner Weise dem Volkswahlenden oder der zeitigen Staatspolitik entgegensteht. Trotzdem mußte man mit Genugtuung feststellen, daß auch bei der Justiz eine Gesundung eintritt.

Zum Schluß seines bemerkenswerten Vortrages behandelte Abgeordneter Grunzel die Frage des Eides. Persönlich werte er für völlige Abschaffung desselben ein. Abgeordneter Dr. Bohner behandelte noch einige politische Fragen, wobei er besonders auf die Regierungsumbildung in Reich und Preußen verwies, die bekanntlich durch das Verbot der Volkspartei und des Zentrums gescheitert ist.

Handwerksorgen und Handwerkhilfe

Der Verfasser ist von der Reichsregierung mit der Betreuung des deutschen Handwerks besonders beauftragt worden. Seine Darlegungen entlaufen dem von Bernhard Harms soeben in zweiter Auflage herausgegebenen grundlegenden Buche „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft“ Vortrag von Reinhard Döbner, Berlin SW. 61.

Der Mittelstand hat sich im Staate in mehrfacher Beziehung als ein unentbehrliches Glied erwiesen. Einmal stellt er das Mittelglied dar zwischen der sich immer mehr konzentrierenden und zusammenballenden Unternehmerrschaft auf der einen und der großen Masse der Arbeitnehmererschaft auf der anderen Seite und ist so vermöge seiner Eigenart, vermöge der besonders engen Beziehungen, die in ihm zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von jeher bestanden haben und noch bestehen, besonders geeignet, als Mittler und Ausgleicher der Gegensätze zu dienen und notwendige Dienste bei der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens zu leisten. Das Handwerk hat sich ferner in Krisenzeiten als Aufnahmehafen für große Teile der in der Großwirtschaft freigestellten Arbeitskräfte erwiesen. Ferner stellte es — wie bereits oben erwähnt — zahlreiche wohl vorbereitete Arbeitskräfte der Industrie zur Verfügung, und schließlich ist es die Werkstätte ausserordentlich hoher Qualitätsarbeit, die den heutigen Deutschland in seinem Kampf um die Stellung auf dem Weltmarkt eine ganz besondere Notwendigkeit ist, wie auch auf der Verlesung des Reichstagesverbandes der Deutschen Industrie im Jahre 1927 mit Nachdruck betont worden ist.

Nicht in dem Sinne soll der Staat dem Mittelstand besondere Aufmerksamkeit und Förderung angedeihen lassen, daß dieser Stand eine Vorkursstellung in der Wirtschaft einräumt werden soll, aber der Staat soll dafür sorgen und die Voraussetzungen dafür schaffen und dauernd erhalten, daß dem Handwerk seine freie Betätigung im Wirtschaftsprozess an der Stelle und in dem Maße gesichert ist, wie es sowohl seinem äußeren Bestande wie seiner inneren Lebenskraft entspricht.

Was den Steuerdruck anlangt, so steht im Vordergrund des Interesses beim Handwerk die Regelung der Realsteuern, nachdem die Körperschaftsteuer die jeweils dem Realhandwerk, aber auch überhand den Handwerk die Sonderlast auferlegt, bereits beim Gesetz vom 31. März 1926 befristet worden ist. Es ist nicht zu verkennen, daß der Druck insbesondere der Gewerbesteuer, die im Jahre 1925 auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet angefallen ist, sich somit fast verdreifacht hat, und daß die Unübersichtlichkeit der Regelung dieser Steuerart in Ländern und Gemeinden gerade bei mittleren und kleineren Betrieben außerordentlich triftig. Der dem Mittelstand zur Zeit als Teil des sogenannten Steuervereinfachungsprogramms vorliegende Entwurf eines Gewerbesteuerreformgesetzes soll in gewissem Sinne hier Abhilfe schaffen. Wenn dieses Gesetz auch nicht abgesehen eine stillbare Senkung der Gewerbesteuer bringen kann — ist dies doch nicht einmal durch die zwingende Vorschrift des zuletzt verabschiedeten Finanzreformgesetzes, das die Verwendung gewisser Mehraufwendungen zur Senkung der Realsteuern ausdrücklich vorgeschrieben, gelungen —, so werden doch durch Vereinfachung der Abrechnungsgrundlagen, rechtliche Scheidung zwischen der Grundsteuer einerseits, der Gewerbesteuer andererseits unterliegenden Steuergegenständen, durch Vereinfachung in der Veranlagung und Erhebung der Steuer Voraussetzungen geschaffen, die eine künftige

planmäßige Reform wesentlich erleichtern. Auch die Grund eines sogenannten Normalsteuervertrages, der auf Grund eines um 20 Prozent gegenüber dem Aufkommen von 660 Millionen Reichsmark des Jahres 1926 geltenden Aufkommens berechnet ist, und die Vorschrift, daß Ueberforderungen dieses Normalsteuervertrages, je höher sie erfolgen, mit um so freizigeren Garantien (obligatorische Vorkurszahlung der wirtschaftlichen Berufsvertretungen, aufsichtsbehördliche Genehmigung) für eine objektive Durchführung der Notwendigkeit und Angemessenheit umgeben werden, sollen und werden der allgemeinen Tendenz der Schonung des Gewerbes vor Ueberlastung mit Realsteuern förderlich sein. Als unmittelbare Wirkung muß aber eine gerechtere Verteilung der Steuerlast auf die Gesamtheit der Steuerträger angestrebt werden. Eine weitere, bisher vom Handwerk viel zu wenig beachtete Frage ist die nach der richtigen Abminderung der Höhe der Zölle. Was auf der einen Seite der Schutz heimischer Wirtschaftszweige vor ausländischer Konkurrenz (s. V. der Landwirtschaft) durch die Befreiung der Zollsätze verdrängt werden, so muß auf der anderen Seite sich auch das Handwerk an einer Senkung des Zollniveaus im Hinblick auf die Höhe des allgemeinen Lebenshaltungsniveaus sowohl wie auch speziell im Hinblick auf den wohlfeilsten Bezug ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate wesentlich interessieren. Sie werden sich im allgemeinen die Belange des Handwerks mit denen der Gesamtwirtschaft, wie ja überhaupt mit den Grundbedürfnissen moderner Handelspolitik, die mit dem Schlagwort „Beteiligung der Handelskammern“ gekennzeichnet und Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz in Genöve sein.

Die Frage der sozialen Belastung spielt auch für das Handwerk eine nicht zu unterschätzende Rolle, nicht so jedoch hinsichtlich der Höhe der direkten sozialen Abgaben, wo das Handwerk vielfach keine Sonderstellung in der Wirtschaft einnimmt, wohl aber auf dem Gebiete der anderen sozialen Maßnahmen, wie insbesondere der Regelung der Arbeitszeit, der obligatorischen Lohnzuschläge für Überarbeit, der zum Schutz der Arbeiter zu treffenden besonderen Einrichtungen usw. Hier droht dem Handwerk überhaupt dem Kleinbetrieb als einer übermäßigem Schutzmaßnahme, wie sie in der Arbeitszeitverordnung im insbesondere in dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes zutage tritt, in der Tat eine Ueberlastung, die über den vernünftigen Maß des Schutzes des Arbeitnehmers hinausgeht. Wenn das Arbeitszeitgesetz an einer Stelle zum Begründung sagt, daß es „mit den allgemeinen Arbeitsverhältnissen“ übereinstimmen soll, so ist dies nicht zu verstehen, daß eine unangemessene Regelung möglich ist, so ist nicht zu verstehen, wie wenige Seiten später in der selben Begründung ausgeprochen werden, daß das Kleinbetrieb nicht anders behandelt werden des Arbeiter-Großbetrieb. Eine differenzierte Behandlung des Arbeiter-Kleinbetriebes des Arbeiters, der vor dem Feuer her über unter Tage arbeitet, und des gewöhnlichen Mannwerkesellen in der Kleinfabrik scheint ebenfalls ein nicht zu vernünftigen Maß des Schutzes des Arbeitnehmers zu enthalten. Die finanziellen Kräfte des Kleinbetriebes der Kleinfabrik sind besonders für die Frage des Schutzes gegen Betriebszeit, der Arbeitsverhältnisse, des Schutzes gegen Betriebsgefahren u. a. Hier muß erwartet werden, daß bei den kommenden parlamentarischen Verhandlungen mehr Rechnung der Mittel- und Kleinbetriebe mehr Rechnung zu tragen wird, ohne daß dem Grundbedürfnis eines zu besseren Arbeitsverhältnissen, der selbstverständlich auch in diesen Wirtschaftskreisen gebilligt wird, Abbruch geschieht.

Die Zuständigkeit der Handwerkskammern

Die vom Reichstag Anfang Februar verabschiedete Handwerksnovelle tritt am 1. April in Kraft. Neben der Errichtung der Handwerksämter ist der wesentliche Bestandteil des neuen Gesetzes diejenige, die die Vorschriften für die Handwerkskammern neu regelt. Dabei wird die Zuständigkeit der Handwerkskammern beträchtlich erweitert. Sie werden von der Kontrolle des Staatskommissars befreit und unterliegen nur noch der allgemeinen Staatsaufsicht, die in die Hände der obersten Landesbehörden gelegt ist. Die Kammern haben das Recht erworbene, Sachverständige zu vereinen und öffentlich anzustellen, die zur Erhaltung von Gutachten über handwerkliche Erzeugnisse und Leistungen und die dafür geforderten Briefe herauszugeben werden. Die Vertretung der Arbeitnehmer in den Handwerkskammern, erfährt ebenfalls eine Veränderung. Es ist künftig dem Gesamtsinn gleich, ebenso wie die Handwerkskammer selbst geteilt, sich bis zu einem Fünftel seiner Mitglieder durch Zuwahl von auswärtsgehenden Personen zu ergänzen und zu seinen Beratungen Sachverständige mit beratender Stimme zuzuziehen. Der Gesamtsinn soll künftig auch bei der Abgabe von Gutachten über sozialpolitische Fragen mitwirken können. Sehr wesentlich sind die Veränderungen, die das Wahlrecht der Handwerkskammern erfahren hat. Ihre Zusammenfassung vollzieht sich nach wie vor aus erwählten und zugezogenen Mitgliedern. Die gewählten Mitglieder sind bisher aus den Wahlen des organisierten Handwerks, also aus den Zünften und Gewerbetreibenden hervor. Künftig ist das Wahlrecht allgemein, umfasst also auch die nicht organisierten Handwerksbetriebe, seine Ausübung erfolgt unmittelbar, also ohne Zwischenschaltung der Organisationen, es wird nicht mehr nach der Betriebsgröße abgeteilt, sondern ist für alle Wahlberechtigten gleich, und die Wahl selbst vollzieht sich als Stimmwahl unter Gewährleistung des Wahlschweigens. Wahlberechtigt ist, wer in die Handwerksrolle eingetragen ist und das 21. Lebensjahr vollendet hat, für die Wahlbarkeit ist die ununterbrochene Wahlberechtigung, Wahlprüfungsstelle ist die Handwerkskammer selbst, die Kammern wird alle fünf Jahre neu gewählt. Der Einfluss auf eine neuen Wahlordnung ist von der Regierung ausgearbeitet und bedarf noch der Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses. In gewissen Kreisen besteht man von der Erneuerung des Wahlrechts eine bedeutende Vollziehung der Wahlen zu den Handwerkskammern, doch können diese Befürchtungen sicher über das Ziel hinaus, die ersten Neuwahlen sind kaum vor der zweiten Hälfte des Jahres 1930 zu erwarten, und sie werden zweifellos zeigen, daß die Handwerksnovelle wesentliche Fortschritte enthält. Die Deutsche Demokratische Partei darf mit Recht darauf hinweisen, daß sie am Zustandekommen dieser fortschrittlichen Gesetzgebung in positivem Sinne mitgewirkt hat, sie hat freilich in manchen Punkten noch weitergehende Wünsche, und sie erkennt es als ihre Aufgabe, im gleichen Sinne der Interessen des Handwerks, wie sie zugleich dem Wohle des Staates dienen, weiter ihre Kraft zu widmen.

Der Zwist innerhalb der Deutschen Volkspartei

Die Anzeichen dafür mehren sich, daß das Verhalten des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, der unter dem Einfluß von Dr. Scholz und der Mehrheit der Reichstagsfraktion zur Frage der Beteiligung an der Regierung einen Beschluß gefaßt hat, der den vorher ausführlich begründeten Wünschen Dr. Stresemanns direkt widerspricht, bei den Parteigenossen im Lande steigenden Unwillen erregt. Zu den Organisationen der Deutschen Volkspartei, die diese Kritik des Zentralvorstandes entschieden verurteilen, gehört auch der Landesverband Baden der Volkspartei, der sich kürzlich in einer Tagung darüber ausgesprochen hat. Es ist auffallend, daß dieser Parteitag in der einmütigen gefaßten Entschließung zwar der Beteiligung der badischen Landtagsfraktion und dem in Baden gewählten Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius, nicht aber der Reichstagsfraktion Dant und Anstremung ausgesprochen hat, während der Parteitag Dr. Stresemann „der unerschütterlichen Treue der badischen Parteifreunde“ verichert wurde. Hierzu erklärt jetzt die „Neue Wamheimer Zeitung“, ein Organ der Deutschen Volkspartei, es sei kein Geheimnis, daß der Verlauf der Parteivorstandes der Partei viele Kreise der Deutschen Volkspartei nicht befriedigt habe. Daher könne es auch nicht wunder nehmen, daß der badische Parteitag das Verhalten des Zentralvorstandes gegen Dr. Stresemann nicht gestiftet, sondern sich vorbehaltlos hinter Dr. Stresemann gestellt und dessen mehrfache Rede auf der Parteivorstandesfraktion zur Milderung seines politischen Standpunktes erfordere, wobei besonders auch die Jugend vertreten gewesen sei.

Abgeordneter Dr. Bredt gegen Verfassungsänderung

Aus dem kenographischen Bericht des Reichstages über die Verfassungsanträge der Deutschen Volkspartei, der jetzt vorliegt, ergibt sich, daß der Redner der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Dr. Bredt, sich noch viel entscheidendere gegen die Deutsche Volkspartei und ihre Anträge ausgesprochen hat, als dies die ersten unerschütterlichen Reden erkennen lassen. Abgeordneter Dr. Bredt ist ein ausgesprochenes Mitglied der Regierung, und zwar liegt es dem, daß sich unter dem Verhältnis in Deutschland nicht konolidieren? liegt das am Vortrags der Weimarer Reichsverfassung, oder liegt es an etwas anderem? Ich möchte die Behauptung wagen, daß die Weimarer Reichsverfassung in diesem Punkte auf ist, und wenn der Wortlaut der Reichsverfassung so gehandhabt würde, wie es lautet, dann wären wir aus aller Schwierigkeiten heraus. Abgeordneter Dr. Bredt kritisiert dann die Anträge im einzelnen und kam dabei wiederholt auf die Schuld der Deutschen Volkspartei an der Fortdauer der

Regierungskrise in Deutschland zu sprechen. Eindringlich hielt er der Deutschen Volkspartei, als deren Wortführer Abgeordneter Jast vorber die Anträge begründet hatte, vor: Wir wollen es doch einmal mit klaren und klaren Worten ausdrücken: es wird nur dann bei uns anders, wenn bei allen Parteien ein sehr viel größeres Verantwortlichkeitsgefühl der Mäßigkeit gegenüber Platz greift. Und, Herr Jast, ich will Ihnen ruhig noch einmal sagen: wenn man selbst eine monatelange Regierungskrise hervorgerufen und gesucht hat, hat es gar keinen Zweck, eine Veränderung der Reichsverfassung zu verlangen. Die Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Die l verdient umso mehr Beachtung, weil die Wirtschaftspartei an sich nichts weniger als eine begeisterte Befürworterin der Weimarer Verfassung ist.

Ein billiges Vergnügen

In einer öffentlichen Versammlung in Ludwigsau in Augsburg sprach nach dem „Berliner Tageblatt“ der deutsche nationale Landtagsabgeordnete Dr. Bent, Universitätsprofessor in Erlangen, über den Zusammenbruch des Parlamentarismus. In seinen Ansichten meinte Dr. Bent, daß die Verfassungskrisen in Deutschland immer noch die beste Lehre machen und er auch zu diesen den deutschen Kulturschaffenden Dr. Bredt regne. Die Bayerische Volkspartei arbeite in der Reichsregierung mit Landesverrätern zusammen. Jedem rate er, wenn er mal in die Lage kommen sollte, als preussischer Beamter lieber einen Brief in die gefällige Kasse zu machen oder einen kleinen Weineid zu schwören, statt die Republik zu beschimpfen, denn im ersten Falle wird er mit Pension entlassen, im letzteren ohne Pension. — Was man sich alles unter dem Schutze der Amnition erlauben kann, auch selbst dann, wenn man Universitätsprofessor ist, zeigt eine Frage: Warum waren denn die Herren unter der Monarchie nicht ebenso schneidig und forsch, als wir in der Republik? Antwort: Weil sie in diesem Falle ohne Pension auf die Straße gesetzt wurden.

Reinhold

Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Reinhold hielt im Auftrag der demokratischen Reichstagsfraktion am 15. März eine beachtenswerte Rede zum Reichstage. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt zu dieser Rede:

Die Reichstagsdebatte über den Etat, die von der ersten Redereihe im ganzen mit bemerkenswerter Sachlichkeit geführt wurde, brachte einen rednerischen Höhepunkt. Die Rede Dr. Reinholds schloß sich den glanzvollen rhetorischen Leistungen seiner Mitredner im Reichstag und auf den Tagungen der großen Wirtschaftsverbände die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat.

Reinhold als Sprecher ist eine in Deutschland wohl einzuordnen Erscheinung. Er besitzt die Kunst, die komplizierten finanzpolitischen Spezialfragen in verständlich darzustellen, als ob es sich um ein hausbackenes Thema allgemeiner Art handelte. Dabei aber wird er niemals unfaßlich und selten volentisch. Er bedient sich nicht der großen Mittel der Volksverwirrungswortwahl, die auch im Reichstag so oft als Ersatz für parlamentarische Mäßigkeit gilt. Späriant in den Reden, niemals laut und polemisch, mit einer bescheidenen Stimme bezaubert, fesselt er doch die Zuhörer stärker als die Männer, die von der Reichstagstribüne herabkommen und blicken um „durchs Demier hinaus“ auf ihre Wähler zu wirken.

Das Wichtigste aber ist, daß Dr. Reinhold, wenn er spricht, auch immer etwas zu sagen hat. Für seine Gebärde war das Stichwort gegeben, denn die vorhergehende Rede der Redner hatten nicht verstimmt, immer wieder auf die wenig glückliche „Reinhold-Anleihe“, die ursprünglich 50 Prozentige 500-Millionen-Anleihe des Reichs, hinzuzurechnen und sie als den Ausgangspunkt der ganzen gegenwärtigen Finanzalamität hinzustellen. Dr. Reinhold wies dies übertriebenen Angriffe mit einigen eleganten Worten ab. Er ging zwar nicht auf die Frage ein, welche Wirkung die zur Ausrichtung notwendigen Rückkäufe der Anleihe auf die jetzige Lage haben, betonte aber, daß von Verlusten des Reiches keine Rede sei, höchstens hätten, was auch Reinhold bedauere, die privaten Kapitalisten, die die Anleihe besessen haben, Kursverluste erlitten, ebenso wie übrigens an anderen öffentlichen Anleihen aus jener Zeit. Es ist auch unbedeutend, den Mißgriff dieser Anleihe dem damaligen Reichsfinanzminister allein zur Last zu legen, denn die Reichsbank und die führenden Großbanken haben die Anleihe vorher begutachtet und ihre Zustimmung gegeben.

Nach diesen mehr historischen Intermezzi ging Dr. Reinhold auf die drückenden Gegenwartsfragen der Reichsfinanzverwaltung ein. Im Gegensatz zu dem völksparteilichen Redner Dr. Gremer, der sich und seinen Fraktionsgenossen zwar ausgiebig das Recht der Kritik vorbehielt, aber die positiven Sparvor schläge dem Reichsfinanzminister überließ, und Dr. Reinhold eine Fülle wertvoller Anregungen. In einer Vorlage wie der jetzigen dürfte man nicht zu häufig an den bereichernden Formen der Finanzverwaltung, namentlich auch bei der Sozialversicherung, hängen. Maßgebend ist, wenn sich bei genauer Durchsicht des Etats 120 bis 130 Millionen Mark einsparen, ohne daß die Reamteingehälter und die soziale Fürsorge eingeschränkt zu werden brauchen. Reinhold glaubt, daß obwohl bei den vorliegenden Verhältnissen die technischen Ausgaben des Etats Abschnitte möglich sind. Im besten Falle, wenn die zur aktiven Mitarbeit bereiteten Parteien bei den Ausschußberatungen sich über die in Betracht kommenden Minderungen einigten.

Neben den kleinen Entparnissen, die hier und da möglich erscheinen, können aber auch noch größere Entparnisse gemacht und Einnahmequellen für das Reich erschlossen werden. So vor allem durch eine stärkere Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Reichsbank. Die jetzigen Reichsbankabgaben an das Reich, drei bis vier Millionen jährlich, seien lächerlich gering, und Dr. Rein-

hold ließ durchblicken, daß neben den ausgemessenen Einnahmen auch noch starke stille Reserven bei der Reichsbank vorhanden seien.

Müssen wir wieder notwendig eine Monarchie haben?

Mit dem 9. November 1918 ist, so fast man, das deutsche Kaiserreich zusammengebrochen. Man sagt: „Ein letztes Aufblitzen ist auszuwachen. Die künstlich angelegte Glut endgültig auszuatmen.“ Das klingt hart. Aber ist es nicht die geschichtlichen Vorgänge, die wir uns vorzubereiten. Dabei ist es notwendig, unter erleuchteten Urteil über diese Vorgänge nachzudenken. Lassen wir sie in ihrem Verlauf auf uns wirken. — Kaiser Franz legte am 6. August 1806 die deutsche Kaiserkrone nieder. Die äußere Veranlassung war die Bildung des Rheinbundes. Die deutschen Rheinbundfürsten ließen sich als Verräter der deutschen Sache. Aber was das deutsche Reichsgebäude nicht schon durch die in seinen Grundmauern? Sollten nicht schon Ideen aus den Nachbarländern den Zusammenhalt zu lösen beginnen? War hier nicht schon ein Zerbrechen des demokratischen Prinzips zu verspüren, das Freiherr v. Stein richtig erkannte, und das sich erst nach dem Freiheitskriege richtig auswirken sollte? Und das Prinzip war nicht neu! Es hat überall und zu jeder Zeit in der Geschichte gewirkt; überall da, wo sich die Herrschaft Einzelner im Laufe der Zeit zu einer Vornachstellung ihrer gesamten Klasse entwickelte. Napoleon I. klopfte ganz mächtig schon um das Reichsgebäude zusammenzutreten zu lassen. Das war nichts Besonderes. In England war der Zusammenbruch schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts geschehen. Die Engländer waren sich demselben früher reif geworden zur Demokratie. Frankreichs Königsmacht löste am Ende des 18. Jahrhunderts. Nur in Deutschland hielt sich diese Staatsform etwas länger. Aber sie brach zusammen. Mächtig heftig waren Arndt, Jahn, Stein, Hoffmann und Fallersleben in a. am Werke, den neuen Geist zu bannen, ihn dem breiten Massen des Volkes zugänglich zu machen. Dieser Geist war der Aufschlag. Metternich! Im Jahre 1871 ludte man noch einmal das alte Ideal dem Volke schmackhaft zu machen. Bis 1918 wurde es mit der härtesten Strafe aufrecht erhalten. Am 9. November 1918 brach das demokratische Prinzip leider mit allem Entzemen durch. Seitdem brodeln und gärt es. Der Meinung muß die Befähigung folgen. Wir müssen begreifen lernen, daß das 47-jährige Kaiserreich ein letztes Juden einer veralteten Staatsform war. Eine Kriegszustandsform würde den Aufbau Deutschlands verzögern, wenn nicht gänzlich in Frage stellen. Ein Aufbau ist nur auf demokratischer Grundlage möglich. Darum heißt monarchisch sein: Deutschlands Zukunft auf Spiel setzen. Demokratie aber bedeutet Aufbau und Deutschlands Zukunft. Die Demokratie ist Erfüllung der deutschen Geschichte. Sie ist die edelste Staatsform überhaupt, weil sie alle Glieder des Staates für sein Verhalten verantwortlich macht. Darum will sie erzieherisch. Sie erzieht den Staatsbürger sich für seinen Staat einzusetzen. Sie lehrt ihn, daß vaterländisch sein heißt: Opfer bringen. Sie zeigt ihm, daß nicht militärischer Drill und Willkür zum Schutze des Vaterlandes notwendig sind. Die Demokratie ist die Vollendung alles dessen, was Stein vor 100 Jahren begann. Die demokratische Partei ist Träger dieses Gedankens und wird, darum noch lange nicht genug in ihrer Bedeutung für Deutschland erkannt. Sie treibt nicht nur Politik des Mittelalters, sondern im wahren Sinne des Wortes Staatspolitik. Nur durch gesunde Staatspolitik, die das Ergebnis geschichtlichen Erkennens ist, können wirtschaftliche Fragen gelöst werden. Darum sollte sie die Partei aller staatspolitisch Denkenden, die Partei aller Deutschen sein.

Wihelm Behrens, Altona-Itzehoe.

Der Landbund hebt zum Produzentenrecht

Der Landbund Überlingen-Bremmen stellte, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, noch heutige Debatte in einer Vollversammlung in fünf Grundsatzungen ultimative Forderungen und Anträge an die Reichs- und Staatsbehörden. Er droht sogar mit Käufer- und Produzentenstreik. Die Beschlüsse sind, an der Reichslandbund herangetragen mit dem Verlangen, auch die Einstellung der Produktion ins Auge zu fassen, falls die Reichsregierung nicht bis zu einem bestimmten Termin durch ihre Maßnahmen die Betriebe der Landwirtschaft wieder rentabel gestaltet habe.

Die Mitglieder des Landbundes wären zu erdauern, wenn sie auf die forschenden Forderungen der Großgrundbesitzer bereit wären. Der Landbund hat wohl gesagt und sucht die Schuld der eigenen Führer auf die Regierung abzuwälzen.

Die Wirtschaftspartei gegen ihren eigenen Antrag

Daß die Wirtschaftspartei den allergrößten Teil ihrer Anträge nur stellt, um damit im Lande hantieren gehen zu können, ist allbekannt. Wiederholt ist es schon vorgekommen, daß die Abgeordneten jener Partei, wenn die Anträge als Agitationsmaterial ihre Schuldigkeit getan hatten, sie nachher im Parlament freigegeben und unter den Tisch fallen ließen. Soeben, am 13. März, ist es wieder einmal passiert, daß die Wirtschaftspartei ihren eigenen Antrag im Stich ließ. Das geschah im Hauptsaal des Preussischen Landtags, wo der Vertreter der Partei, Abgeordneter Dr. Rhode, beantragt hatte, Maßnahmen zu treffen, daß auf den Universitäten und die Studentenvereine, Studentenvereine, Wirtschaftsgenossenschaften und andere wirtschaftliche Unternehmungen den Kreis ihrer Betätigung auf die internationalen Studenten-Lebenden und jede Kontinuität der gewerblichen Mittelstand gegenüber unterlassen. Als der Antrag bei dem Kapitel „Wissenschaft“ des Kulturreichs zur Abstimmung stand, verteilte er, wie dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ mitgeteilt wird, der Ablehnung, da die Wirtschaftspartei — und zwar ohne eine Erklärung abzugeben, selbst nicht dafür stimmte.



Zwei neue Kirchensteuergesetze in Preußen

Dem Preussischen Landtag sind sieben neue Kirchensteuerentwürfe zugegangen, die eine Aenderung des Kirchensteuerrechts der evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirchengemeinden bezwecken. Diese Novellen sind notwendig geworden, weil das geltende Kirchensteuerrecht in Preußen, das in der Hauptsache aus den Jahren 1905 und 1906 stammt, und das 1920 an die damalige Reichssteuerabgabe angepaßt worden ist, sich mit den derzeitigen geänderten Verhältnissen nicht mehr vereinbaren läßt. Die evangelischen Kirchenbehörden wollten aber nicht schon jetzt eine umfassende Umgestaltung des Kirchensteuerrechts vornehmen, sondern damit bis zur Verabschiedung des endgültigen Finanzausgleichsgesetzes warten. Das noch nicht einmal in Entwurf vorhandenen ist — waren. Die von den evangelischen Kirchenorganen beschlossenen und vom Landtag zu genehmigenden Gesetzentwürfe begnügen sich daher mit der Legalisierung jenseits, der in der letzten Zeit erlassene Steuererhöhungen. Der von katholischer Seite vorgelegte Gesetzentwurf, der die Zustimmung der bischöflichen Behörden gefunden hat, stimmt inhaltlich im wesentlichen mit dem neuen evangelischen Kirchensteuergesetz überein und will gleiches Recht für die katholische Kirche schaffen.

Die Auflösung der Familiengüter

Das Tempo der Auflösung der Familiengüter ist in Preußen ein überaus langsames. Bei Beginn der Vermögensaufhebung im Jahre 1919 waren in Preußen insgesamt 1347 Familiengüter mit einer Fläche von 2,3 Millionen Hektar vorhanden. Davon waren bis Ende 1925 erst 378 Güter mit einer Fläche von 576 034 Hektar zwangsweise oder freiwillig aufgelöst. Die Zahl der freiwilligen Aufhebungen war dabei verhältnismäßig sehr gering. Bis Oktober 1928 ist die Zahl der aufgelösten Familiengüter auf 422 mit einer Fläche von 657 000 Hektar gestiegen. Ferner war bei unvollständiger Auflösung mit etwa 500 000 Hektar Fläche damals das Verfahren eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluß gebracht. Man kann also annehmen, daß bis Anfang 1929 erst ein Drittel familiengüter aufgelöst worden sind.

Für ein Reichsland Braunschweig

Gegenüber dem Antrag der Deutschnationalen, das Land Braunschweig in Preußen aufgehen zu lassen, haben die Demokraten, die in Braunschweig mit der Wirtschaftspartei die Fraktion der „Gemeinschaft der Mitte“ eingegangen sind, einen weiteren und besseren Antrag dem Landtag zugehen lassen. Sie verlangen, daß die Staatsregierung Verhandlungen mit dem Reich aufnehmen soll, um dessen Braunschweig als „Reichsland“ anzuerkennen. Da der Antrag von sich aus kaum eine ernsthafte Entscheidung über die beiden Anträge treffen wird, spricht man bereits von einem Volksentscheid.

Die Wahlen zur Provinzialsynode

- Für die Wahlen zur Provinzialsynode, die am 11. 12. oder 13. Mai stattfinden, ist die Provinz Sachsen in sieben Wahlbezirke zerlegt worden.
- 1. Wahlbezirk gehören die Kirchenkreise: Amdorf; Beegendorf, Gandelken, Oberburg, Salzwedel, Seehausen, Stendal, Tangermünde, Werlitz; Wahlvorsteher ist Superintendent Horn in Gandelken.
 - 2. Wahlbezirk gehören die Kirchenkreise: Altenplathow, Barleben, Bornstedt, Budau, Burg, Gieselben, Gommern, Loburg, Mödern, Magdeburg, Neubaldensleben, Sandau, Wolmirstedt, Bietar; Wahlvorsteher ist Oberkonsultant Dain in Magdeburg.
 - 3. Wahlbezirk gehören die Kirchenkreise: Akerstedt, Akerstedt, Akerstedt, Calbe, Egeln, Gröningen, Halberstadt, Havelroben, Osterwieck, Queblinburg, Wanzleben, Konfirmandenbezirk Bernburg; Wahlvorsteher ist Superintendent Schwahn in Akerstedt.
 - 4. Wahlbezirk gehören die Kirchenkreise: Bitterfeld, Brehna, Dömitz, Gienburg, Osterwerda, Gollma, Herzberg, Jessen, Kemberg, Liebenwerda, Zörgau, Wittenberg; Wahlvorsteher ist Pfarrer Schattberg in Wittenberg.
 - 5. Wahlbezirk gehören die Kirchenkreise: Artern, Gieselben, Ermsleben, Gerbstedt, Halle-Land 1, Halle-Land 2, Halle-Res., Halle-Stadt, Könnern, Mansfeld, Sangerhausen, Schraplau, Konfirmandenbezirk Stolberg-Mosla, Konfirmandenbezirk Stolberg; Wahlvorsteher ist Obertrib. Direktor Dr. phil. Hoff in Halle.
 - 6. Wahlbezirk gehören die Kirchenkreise: Weidlingen, Eckartsberga, Freyburg, Geßelatal, Heddrungen, Hohenmülsen, Lauchitz, Lützen, Mücheln, Merseburg, Naumburg, Querfurt, Schöneberg, Weißenfels; Wahlvorsteher ist Regierungsrat Freiherr von Stodmar in Merseburg.
 - 7. Wahlbezirk gehört der Regierungsbezirk Erfurt; Wahlvorsteher ist Abteilungsdirektor bei der Oberpolizeidirektion Eichel in Erfurt.

Die Versorgung der Kriegseingesetzten und Kriegshinterbliebenen im Reichshaushalt 1929

Der Haushalt für Versorgungs- und Aufgebühler schließt für 1929 mit 1,74 Milliarden M ab. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Verminderung um rund 36 Millionen Mark. Dieser Minderbetrag ist in der Hauptsache auf die Verringerung der Ausgaben bei der Militärversorgung zurückzuführen, wo infolge von Todesfällen unter den Offizieren der ehemaligen Wehrmacht 24,5 Millionen Mark abgesetzt werden konnten.

Die Versorgungsgebühler umfassen mit 37,7 v. H. mehr als ein Drittel der eigentlichen Reichsausgaben, d. h. der Reichsausgaben nach Abzug der Steuerüberweisungen, der Reparationszahlungen und der inneren Kriegsausgaben. In einzelnen gestaltet sich das Bild folgendermaßen: Auf Aufgebühler von Reichsbeamten, ihre Hinterbliebenen und die vom Reich übernommenen Finanzbeamten usw. entfallen 105 Millionen Mark. Die Rentenversorgung der Kriegseingesetzten verlangt 784 Millionen, die Versorgung der neuen Wehrmacht 60,4 Millionen. An Hinterbliebenen der neuen Wehrmacht; 2,1 Millionen zu zahlen. Die Gutsverwaltung für Kriegseingesetzte erfordert noch immer 45,7 Millionen Mark. Sie hat sich gegen das Vorjahr nur ganz unwesentlich geändert. Aus den früheren Kriegsjahren sind noch 53 666 Empfänger der sogenannten Kriegseingesetzene beihilfe vorhanden. Diese Beihilfen betragen, die insgesamt jetzt monatlich 25 Mark betragen, erfordert 16,1 Millionen. Von Interesse ist, daß die Zahl der Kriegseingesetzten gegenüber dem Vorjahre sich noch um rund 20 000 erhöht hat, die einen Betrag von 25 Millionen Mark erfordern. Die Zahl der Witwen hat etwas abgenommen, während die Zahl der Waisen einwies noch zugenommen hat.

von Kriegseingesetzten sind 714 Millionen, an Hinterbliebenen der neuen Wehrmacht; 2,1 Millionen zu zahlen. Die Gutsverwaltung für Kriegseingesetzte erfordert noch immer 45,7 Millionen Mark. Sie hat sich gegen das Vorjahr nur ganz unwesentlich geändert. Aus den früheren Kriegsjahren sind noch 53 666 Empfänger der sogenannten Kriegseingesetzene beihilfe vorhanden. Diese Beihilfen betragen, die insgesamt jetzt monatlich 25 Mark betragen, erfordert 16,1 Millionen. Von Interesse ist, daß die Zahl der Kriegseingesetzten gegenüber dem Vorjahre sich noch um rund 20 000 erhöht hat, die einen Betrag von 25 Millionen Mark erfordern. Die Zahl der Witwen hat etwas abgenommen, während die Zahl der Waisen einwies noch zugenommen hat.

Zugung des Ausschusses für ein demokratisches Wirtschaftsprogramm

Nachdem der Ausschuss für die Realisierung des Wirtschaftsprogramms der Deutschen Demokratischen Partei in einer großen Anzahl von Sitzungen während des Winters die meisten Einzelfragen besprochen und geklärt hatte, hielt er am 16. und 17. März in Bad Saarow bei Berlin eine Tagung ab. Das große Interesse, das für den demokratischen Politiker dem Wirtschaftsprogramm entgegenbringt, und die besondere Bedeutung, die man ihm beilegt, bewies die Anwesenheit des Reichsjustizministers Koch-Weser des preussischen Finanzministers Dr. Höpfer Hofhoff und des preussischen Handelsministers Dr. Schreiber, die sich an der Aussprache lebhaft beteiligten. In ihr wurden grundsätzliche Punkte des werdenden Programms eingehend erörtert und eine weitgehende Klärung herbeigeführt, wozu im besonderen die aus den verschiedenen wirtschaftlichen Kreisen und Gruppen hinzugezogenen Sachverständigen beitrugen. Ueber das bisherige Ergebnis der Beratungen des Ausschusses und die von ihm einstimmig festgestellte grundsätzliche Linie des Programms wird der Vorliegende des Ausschusses, Dr. Gustav Stolper, auf dem Parteitag in Heidelberg ein Referat erstatten.

Bezirk Halle

Halle. (Zur Beachtung!) Die Vorstände der Kreisvereine werden hiermit dringend an die Einbringung der Kreisvereinsbeiträge an die Bezirksverbandskasse ersucht. Nach dem freizeitigen vom Bezirksvertretertag einstimmig gefaßten Beschluß sind für Vierteljahr und Mitglied 50 Pfg. zu zahlen. Einbringung entweder an Bankhaus E. Schönlicht, Halle a. S., Preußentrasse, Postfachpost Leipzig 9923, oder an Geschäftsführer Dornblith, Halle a. S., Brauhausstraße 30.

Halle. Der Vorstand des Beamten Ausschusses tagte am 14. März, Es wurde u. a. beschlossen, Anfang April und Anfang Mai je eine Versammlung abzuhalten. Zu der letzteren soll Reichstagsabgeordneter Schacht als Redner gewonnen werden. Besondere Einladungen an alle Mitglieder erfolgen demnächst.

Halle. Sonnabend, den 23. März, nachmittags 3 Uhr, im Schultheiß-Ausschank, Merseburger Str. 10, Wahlkreisfreisitzungen der Mitglieder und Vertrauensleute aus dem Saalkreise. Besondere Einladungen sind erfolgt.

Halle. Alle Einwendungen an die Schriftleitung des „F. W.“ müssen, wenn sie in der nächstfolgenden Nummer des Blattes Aufnahme finden sollen, spätestens bis Mittwoch der laufenden Woche in Händen der Schriftleitung, Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 30, feigen.

Halle. (Friedrich-Naumann-Bund, Jungdemokraten). Am 13. ds. Mts. beschäftigte sich die Gruppe auf Grund eines Referates des Herrn Dr. Liebig mit dem Thema: „Parlamentarismus“. Für den 3. April ist bei gutem Wetter ein gemeinsamer Abendgastung in die Halle vorgesehen. Es ergeben noch besondere Einladungen.

Halle. Der Angestellten-Ausschuss beschäftigte sich am 15. März im Rahmen seiner Diskussionsabende noch mit der Umwandlung der städt. Werke in eine A. G. Die Besprechung des Arbeitsabgabengesetzes wurde auf den nächsten Abend (Freitag, den 19. April) vertieben. Schriftliche Einladungen folgen.

Halle. Die Geschäftsstelle hat an die Vorstände sämtlicher Ortsgruppen eine Anzahl Exemplare der Rede des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Hummel zur Sandwerksnovelle verandt. Diese Rede muß überall in den Interessentenzentren verbreitet werden. Bei Rechtsbedarf sind Anforderungen an die Geschäftsstelle in Halle zu richten.

50 Jahre Haushalts- und Gewerbeschule

Halle. Am 14. 3. feierte die städtische Haushalts- und Gewerbeschule ihr fünfzigjähriges Bestehen. Herr Staatsminister Dr. Schreiber war durch eine Abreisungszugung leider am Ergehen verhindert. In seinem Auftrag überbrachte Staatssekretär von Seefeld die Glückwünsche des Ministers und richtete nachstehende Worte an die zur Feier Erschienenen:

„Meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Dr. Schreiber hat seine Absicht, die heutige Feier mit Ihnen zu begehen, wegen einer Sitzung des Staatsministeriums zu seinem Bedauern aufgeben müssen. Er hat mich deshalb hierher entsandt, um in Ihrem Namen der Stadt und der Schule Glück und Glückwunsch zu sagen.

Vor fünfzig Jahren hat die städtische Haushalts- und Gewerbeschule für Mädchen mit sieben Schullehrerinnen ihre Pforten geöffnet, unter dem Namen „Industrialschule“, damals geführt von ihrer jugendlichen Gründerin Elise Widdagen, die als verehrungswürdiger Gast heute unter uns weilt und das erste Anrecht hat, mit Stolz und Freude auf das in den fünfzig Jahren Erreichte zu blicken.

Die Stadt Halle, vor fünfzig Jahren eine mittlere Provinzialstadt, die aber immer den Ehrgeiz gehabt hat,

eine Stadt der Schulen zu heißen, ist jetzt eines der führenden Wirtschaftszentren von Mitteldeutschland geworden. Der große wirtschaftliche Aufschwung, den Halle angenommen hat, mußte notwendig auch auf die Schulen, besonders auf die berufliche Ausbildung dienende Schulwesen. Ohne ein gut ausgebildetes Berufs- und Fachschulwesen fehlen dem Handel und der Industrie die hochqualifizierten Arbeitskräfte und der erwerbstätigen Jugend eines der wichtigsten Hilfsmittel für den Aufstieg im Beruf. Das gilt auch für die weibliche Jugend, die durch das Schicksal unseres Vaterlandes in ungeahnter Weise in den wirtschaftlichen Kampf hineingezogen worden ist. Es ist mir eine Freude und Genugtuung, daß die Stadt Halle gefunden ist, das Arbeitsgebiet dieser Schule durch Angliederung einer höheren Fachschule für Frauenberufe zu vervollständigen. Mein Wunsch zum heutigen Tage ist, daß es der Haushalts- und Gewerbeschule wie in den vergangenen Jahrzehnten so auch in Zukunft gelingen möge, in der weiblichen Jugend, die für ihr anvertraut, nützlichem Wissen und Können und fräuliche Tugenden zu pflegen und so ein tüchtiges Geschlecht herauszubilden, dem Glück und Erfolg im Leben beschieden ist. Mein Wunsch ist ferner, daß diese Schule für ihr erweitertes Aufgabengebiet bald einen neuen und geräumigeren Rahmen gewinnen und ihre Arbeit freier durch eine weitestgehende und opferbereite Stadterweiterung gefördert werden möge.“

Halle. Am 13. März sprach in einer Mitglieder-Versammlung des Ortsvereins, zu der auch Gäste erschienen waren, Fräulein Behse, Stadtverordnete in Halle a. S., über „Die Frau in der Kommunalverwaltung“. Auf Grund eigener Erfahrungen in der Kommune zeigte die Rednerin ihren Zuhörern, wie dringend notwendig es ist, daß die Frau nicht nur ihrer Wahlpflicht genügt, sondern daß sie sich in der Öffentlichkeit auch betätigt, wo nur irgendwie die Möglichkeit besteht. Eine lebhaftige Aussprache, an der sich auch die Herren beteiligten, schloß sich an.

Halle. Die Jahreshaushalterversammlung der Deutschen Demokratischen Partei fand Montag in Vermanns Garten statt. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Lehrer Schneider, erstattete der 2. Vorsitzende Kim Wagner den Jahresbericht. Es wurden im verflochtenen Geschäftsjahr abgehalten 11 Monatsversammlungen, 5 Vorstandssitzungen und 5 öffentliche Versammlungen. Weiter wurden veranstaltet eine Weihnachtsfeier, ein Sommer- und Kinderfest, sowie eine Verfallungsfeier. Der Kassenbericht erah, daß trotz der großen Wahlausgaben die Kasse in geordnetem Verhältnisse ist. In der nun folgenden Vorstandswahl wurden die Herren Schneider, Wagner und Schmidt wieder- und Oberleiter Becker als 2. Schriftführer wiedergewählt. Die Kassierin wurde, verhärt durch zwei Damen und zwei Jungdemokraten mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. Darauf hielt der Schriftführer einen Lichtbildvortrag über „Der deutsche Rhein“, welcher lebhaften Beifall fand.

Der deutsche Rundfunk

— weitersagen! —
ist führend in allen Rundfunkfragen

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probestift umsonst vom Verlag Berlin N 24

Hier abtrennen!

an das Postamt (Zeitungsteile)
(Auf frankiert in den Briefkasten zu werfen)

Bestellschein

Ich bestelle hiermit

Genusskarte

Politischer Wegweiser

Monat April

und bitte den Verkaufspreis von 75 Cent pro Stück ausserhalb 6 Cent pro Stück Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger bei mir ergeben zu lassen.

Name: _____

Wohnort: _____

Strasse: _____

Bestandort: Postamt, Postfach, Halle, S.
Bestand: Buchhandlung, Metzger & Co., G. M. S. G., Halle, S.
Postfach 2.

